

DER SPIEGEL, 10.04.2006

SENIOREN: "Da kommt keiner zwischen"
von Andreas Ulrich

Immer mehr alte und hilflose Menschen werden unter Betreuung gestellt - und manchmal von ihren Betreuern um Haus und Hof gebracht.

Selten war eine Gemeinderatssitzung im schleswig-holsteinischen Kummerfeld so gut besucht wie jene am Donnerstag vorvergangener Woche. Doch es war nicht das 25. Dienstjubiläum des Bürgermeisters Hanns-Jürgen Bohland, das die Menschen lockte, sondern ein dubioser Grundstücksdeal der Gemeinde.

Es geht um 7409 Quadratmeter potentiellen Baulands mitten im Ortskern. Das Grundstück gehörte bis vor kurzem der Rentnerin Thea Schädlich, 68, einer schrulligen Frau, die auf dem Areal allerhand Zeug lagerte - was dem Bürgermeister schon lange ein Dorn im Auge war. Die Frau indes meinte, das sei ihr Eigentum und gehe ihn schlichtweg nichts an.

Doch vor knapp zwei Jahren wurde die Frau dann von Amts wegen unter Betreuung gestellt, ihr Grundstück an die Gemeinde verkauft. Es wird nun von einer kommunalen Firma zu einem derart hohen Preis geräumt, dass man meinen könnte, die Arbeiter trügen jeden Karton einzeln mit einem Goldzänglein weg. Und all das passiert gegen ihren Willen, weil ihr Wille nichts mehr zählen soll.

Die rabiante Landnahme von Kummerfeld ist kein Einzelfall: Immer öfter und immer schamloser, so scheint es, räumen Betreuer die Konten ihrer Schutzbefohlenen leer, verkaufen ihre Grundstücke oder treiben sie in den Ruin. Mehr als eine Million zumeist alte Menschen in Deutschland dürfen ihre Angelegenheiten nicht mehr allein regeln - viele davon sind dazu auch tatsächlich nicht mehr in der Lage. Mit der Vergreisung der Gesellschaft wird deren Zahl wohl weiter steigen - und damit auch die der Missbräuche. "Die Gerichte sind kaum noch in der Lage, die Vielzahl der Fälle zu kontrollieren", klagt der Münchner Anwalt Volker Thieler, der der Stiftung der Altenorganisation Graue Panther vorsteht.

Wer beispielsweise als Demenzkranker erst einmal unter Betreuung gestellt wurde, hat kaum noch eine Chance, dem Teufelskreis zu entinnen. Zwar setzt das Betreuungsrecht heutzutage die Wünsche des Betreuten theoretisch an erste Stelle. Doch häufig gelingt es selbst Angehörigen nicht, in den engen Zirkel von Betreuern und Gerichten einzudringen.

Die meisten davon haben tatsächlich das Wohl ihrer Pfleglinge im Auge - aber wenn nicht, sind die Alten meist wehrlos: "Es entscheiden immer dieselben Personen, die sich häufig seit Jahren kennen. Da sind Hintergründe schwer aufzuklären", so der Hamburger Rechtsprofessor Bernd-Rüdeger Sonnen.

So lief auch der für die Gemeinde Kummerfeld so erfreuliche Deal seltsam glatt. Thea Schädlich "hatte einen Sammeltick", sagt eine Nachbarin, "aber was die mit ihr gemacht haben, war nicht fair". Sie stapelte auf ihrem von Büschen und Bäumen umgebenen Grundstück Baumaterial, dazu Kisten mit Kleidung und Papier, auch allerhand von Wert. Die Behörden mahnten sie, doch die Rentnerin blieb stur. Und so nahmen die Dinge ihren Lauf, an dessen Ende es nun ein paar Gewinner gibt und eine

Verliererin - Thea Schädlich.

Sie könne ihre Angelegenheiten nicht mehr selbst regeln, befand nämlich der Vorsteher des Amts Pinneberg-Land, zuständig für die Verwaltung der Gemeinde Kummerfeld. Am 25. Mai 2004 empfahl er, die Frau unter gesetzliche Betreuung zu stellen - was nicht bedeutet, dass jemand gepflegt wird, sondern nur, dass viele Entscheidungen nun jemand anderes trifft. Ein Sachverständiger attestierte Thea Schädlich flugs Wahnvorstellungen.

Das Vormundschaftsgericht entschied im Sinne des Amts, am 23. Juli 2004 wurde die Berufsbetreuerin Marita L. mit dieser Aufgabe betraut, Ergänzungsbetreuer wurde kurz darauf der Elmshorner Rechtsanwalt Paul S., ein Mann, der sich um diverse ähnliche Fälle kümmert.

Anfang August 2004 erhielt Thea Schädlich die behördliche Aufforderung, ihr Grundstück sofort zu räumen. Als dann auch noch 38.456 Euro Erbschaftsteuer fällig wurden, entschieden die Betreuer der älteren Dame in ihrem Namen, das als Bauland so begehrte Grundstück in Kummerfeld zu verkaufen. Das Gericht stimmte zu - obwohl der Verkauf ihres viel kleineren Wohnhauses in Halstenbek für Räumungskosten und Steuern wohl ebenfalls gereicht hätte.

Die Immobilienfirma Wertplan Nord aus der direkten Nachbarschaft der Betreuerin L. drückte den geschätzten Verkehrswert des Sahnegrundstücks von 368.000 Euro noch einmal um rund 30.000 Euro - ein Schnäppchen. Vor Abzug aller möglichen Nebenkosten war das Areal mal auf über 766.000 Euro geschätzt worden. Die Betreuerin will sich zu dem Vorgang nicht äußern.

Nun trat die Gemeinde Kummerfeld auf den Plan und kaufte den billigen Boden. Wahrscheinlich soll das Grundstück aufgeteilt und dann an Bauwillige verkauft werden. Bürgermeister Bohland hält das alles für völlig korrekt: "Wir hatten mit dem Vorlauf nichts zu tun." Außerdem, behauptet er, werde die Kommune "an dem Grundstück ohnehin kaum etwas verdienen". Selbst wenn das stimmen sollte, andere profitieren sicher: Die mehrheitlich kreiseigene Entsorgungsfirma GAB will für das Großreinemachen über 170.000 Euro in Rechnung stellen - andere Firmen hätten es für weniger als die Hälfte getan. Und natürlich wurden diese Kosten schon mal vom Gesamtwert abgezogen.

Gehör fand Thea Schädlich bei einer Redakteurin des "Hamburger Abendblatts". Doch als die Zeitung über das Immobiliengeschäft berichtete, zog Anwalt S. vor das Berliner Landgericht und ließ dem Blatt unter anderem verbieten, Namen von Beteiligten und selbst den Ort des Geschehens zu nennen - angeblich zum Schutz von Thea Schädlich.

Dabei prüft mittlerweile sogar die Staatsanwaltschaft Itzehoe den Fall. Und gegen Betreuerin L. sowie den Richter, der den Fall Schädlich seit längerer Zeit bearbeitet, liegt in einer anderen Sache eine Strafanzeige vor. Es geht um einen weiteren umstrittenen Grundstücksverkauf, an dem beide beteiligt waren. Makler war die so hilfreiche Firma Wertplan Nord. Bei ihren Recherchen könnte die Staatsanwaltschaft auf noch einen Fall stoßen, in dem Anwalt S. und jener Richter zuständig waren. Damals ging es um eine junge Frau, die seit einem Motorradunfall behindert ist und Schadensersatz in Millionenhöhe erhalten hatte. Der Anwalt, der sie vor angeblich raffgierigen Eltern schützen wollte, berechnete für seine Dienste zwischen 1999 und 2003 mehr als 77.000 Euro. Zu einer

Stellungnahme war der Jurist nicht bereit.

"Wenn Richter und Betreuer sich einig sind, kommt keiner dazwischen", sagt der Freiburger Rechtsprofessor Thomas Klie, Spezialist für das Betreuungsrecht. Mehr als die Hälfte aller Eingänge bei Amtsgerichten seien mittlerweile Betreuungsfälle. Eine wirksame Kontrolle aber, die vor Missbrauch schütze, gebe es nicht.

Den Eindruck hatte auch der Augsburger Rudolf Lautenbacher, als ihm 2000 der Nachlass einer entfernten Verwandten eröffnet wurde. Da ein angekündigtes Testament verschwunden war, begann Lautenbacher nachzufragen. Er stellte nach langen Recherchen fest, dass ebenfalls viel Geld verschwunden war. Und wertvolles Bauland der Verstorbenen hatte der Betreuer als Wiese verkauft - für weniger als ein Hundertstel des Werts.

Bis zu 80 Menschen hatte der Betreuer, ein städtischer Angestellter, unter Kuratel. Das war offenbar kein schlechter Nebenjob, auf jeden Fall besaß er bald mehrere Grundstücke. Der Mann wurde zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und vom Dienst suspendiert. Von seinem angehäuften Vermögen aber durfte er einen Großteil behalten. Entweder waren die Fälle verjährt - oder die möglichen Kläger waren ohne Erben verstorben.

Mehr als 50 Fälle kann nach Ansicht von Klaus Förter-Vondey vom Bundesverband der Berufsbetreuer auch ein hauptberuflicher Betreuer nicht seriös bearbeiten. Das wird freilich kaum kontrolliert. Da es zudem keine Zugangsvoraussetzungen für diesen verantwortungsvollen Job gibt, will der Verband jetzt immerhin eigene Qualitätsstandards festlegen.

Solche Regeln könnten mehr Transparenz schaffen, vor Missbrauch können sie aber ohne Kontrolle kaum schützen. So standen in Berlin vergangenes Jahr ein Steuerberater und seine Ehefrau vor Gericht. Als gerichtlich bestellte Betreuer hatten sie einer 90-Jährigen mehr als eine halbe Million Euro abgenommen. Das Paar habe die alte Frau "gnadenlos ausgeplündert", so ein Staatsanwalt.

Experten gehen davon aus, dass die Zahl solcher Fälle steigen wird. Die gerichtlichen Erstbestellungen von Betreuern haben sich in den zehn Jahren bis 2004 verdoppelt. Auch wenn die Zahl von mehr als einer Million unter Betreuung stehender Menschen hoch erscheint, dürfte der Bedarf nach Schätzungen von Experten bei etwa fünf Millionen liegen. In den meisten Fällen übernehmen freilich Familienangehörige diese Aufgabe - und dabei geht es nicht immer sauberer zu. Denn was sich in Heimen oder den eigenen vier Wänden abspielt, unterliegt überhaupt keiner Kontrolle. Rechtsprofessor Klie: "Da würden sich Abgründe auftun."